

Innenministerium räumt ein, es sei schwierig ihn zu stoppen

Menschenhandel – Profit wichtiger als das Gewissen

Al-Sahafa, Sudan
10.06.2010

Khartoum, Sara Taj Al-Sarr

Der Sudan ist zu einem Haupttransitpunkt in der Region für illegale Einwanderer geworden. Die Verantwortlichen sagen jedoch, die Bemühungen den Menschenhandel zu stoppen würden behindert durch zu wenige strenge Gesetze zur Verfolgung der Täter. Wegen offener Grenzen, der hochentwickelten Apparate des Verbrechens und der Stammesbewegungen an der Grenze werden die Wellen der illegalen Einwanderung also nicht aufhören. Der Menschenhandel gilt als eine der profitabelsten Formen des organisierten Verbrechens weltweit. Die in diesen Wirtschaftszweig investierten Mittel werden auf eine Milliarde Dollar geschätzt, was nach dem Waffenhandel den zweiten Platz bei den Einnahmequellen des organisierten Verbrechens bedeutet. Mit falschen Versprechungen und der Aussicht auf einen Arbeitsplatz werden jedes Jahr tausende Männer, Frauen und Kinder dazu verleitet ins Ausland zu gehen. Im Januar des vergangenen Jahres war es israelischen Flugzeugen, mit amerikanischer Unterstützung, gelungen, die Hoffnungen von etwa „800“ Afrikanern sterben zu lassen, die von der Reise nach Europa geträumt hatten, indem sie die „17“ Konvois in der Nähe von Port Sudan bombardierten [Anm. d. Übers.: zu dieser Anspielung vgl. folgenden Artikel: <http://enduringamerica.com/2009/04/01/israeli-strike-on-sudan-hamas-wins-darfur-loses/>].

Die Szenarien des Schleusens und Handels, wie sie ein Workshop im As-Salam Hotel Rotana vorgestern Morgen in Anwesenheit namhafter internationaler Organisationen diskutierte, erfahren eine tagtägliche Ausweitung. Gründe sind die hohe Nachfrage nach billigen Arbeitskräften, kriminelle Motive, gestörte Demografien, kulturelle, soziale und politische Instabilität, Bürgerkriege, eine schwache Wirtschaft, wirtschaftliche Probleme, bewaffnete Konflikte, Naturkatastrophen und Armut. Laut den Experten gibt es keinen Staat, der vor Menschenhandel gefeit wäre. Einige Berichte und Studien schätzen, dass jährlich mit 600.000 bis 800.000 Männern, Frauen und Kindern über die internationalen Grenzen hinweg Menschenhandel betrieben wird. Und manche staatlichen beziehungsweise Nichtregierungsorganisationen setzen diese Zahl noch weit höher an. Außerdem kommt noch eine unbestimmte Zahl von Menschen hinzu, mit welchen innerhalb eines Landes Handel getrieben wird.

Polizeioffizier Ahmed Ata Al-Mannan, Leiter der allgemeinen Verwaltungsstelle für Migrations- und Passangelegenheiten, räumte ein, dass es aufgrund seiner geographischen Lage schwierig sei, die Grenzen des Sudan zu kontrollieren. Ata Al-Mannan äußerte sich auf einem Workshop rund um Themen des Menschenhandels im Sudan, der von der Organisation für die Belange im Ausland arbeitender Sudanesen und dem Zentrum für Studien zu Migration, Entwicklung und Bevölkerung veranstaltet wurde. Zugegen waren dort auch Vertreter der Internationalen Organisation für Migration, von UNICEF und dem UNHCR. „Die Landgrenze hat schätzungsweise eine Länge von 7.000 Kilometern, die Seegrenze von 800 Kilometern“, sagte Ata Al-Mannan. Hinzu kommt noch eine Reihe von Migrationsbewegungen aus den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts, bei denen „Flüchtlinge“ aus den Nachbarstaaten des Sudan dorthin kamen. Außerdem haben sich Büros für Jobs und Dienste ausgebreitet, welche auf die ein oder andere Weise dazu beigetragen haben, dass sich der Bereich betrügerischer Aktivitäten und illegaler Migration ausgeweitet hat. Ata Al-Mannan definierte Menschenhandel als Rekrutierung von Menschen bzw. ihren ggf. mehrfachen Transports bzw. ihre Beherbergung oder Aufnahme mit Hilfe der Androhung bzw. des Gebrauchs von Gewalt bzw. anderen Formen des Zwangs, der Entführung, der List, des Betrugs, des Machtmissbrauchs oder des

Ausnutzens einer Schwäche, bzw. durch das Zahlen oder Entgegennehmen von Geld oder Privilegien, um das Einverständnis einer Person zu bekommen, die über eine andere Person die Kontrolle hat. Zweck sei die Ausbeutung in der Prostitution, anderen Formen der sexuellen Ausbeutung, Zwangsarbeit und Zwangsdienste bzw. die Versklavung, bzw. vergleichbare Praktiken der Versklavung oder auch der Organentnahme. Ata Al-Mannan wies darauf hin, dass die Profite aus dem Menschenhandel schätzungsweise höher liegen als die aus dem Drogen- und Waffenhandel. Denn es handele sich um einen weltweiten Markt, auf dem mit Sex, der Nachfrage nach billigen und ausbeutbaren Arbeitskräften, dem Sextourismus zu Kindern und der zügellosen Erziehung von Kindern [sic] gehandelt werde. Der Polizeioffizier unterstrich, die Technologie des Internets habe bei der Ausbeutung der Opfer geholfen. Sie habe zu einer Ausweitung der Möglichkeiten der Konsumenten und direkten Geschäftsabschlüssen geführt.

Ata Al-Mannan bestätigte, zwischen Menschenhandel und Menschenschmuggel gebe es eine strukturelle und ineinandergreifende Beziehung. Dies mache die Aufgabe schwierig, in den Transitländern genaue Informationen zu bekommen. Als Menschenschmuggel betrachte man das illegale Verbringen von Personen in andere Staaten unter deren Zustimmung. Demgegenüber umfasse der Menschenhandel den Schmuggel von Opfern und gelte als organisiertes Verbrechen. Damit verwies der Polizeioffizier auf das Kriterium, in welchem sich Menschenhandel und -schmuggel voneinander unterscheiden, nämlich in dem Element des Betrugs, der Gewalt und des Zwangs. Das organisierte Verbrechen des Menschenhandels mache es nötig, dass die Staaten bei der Beobachtung und Kontrolle der Grenzen zusammenarbeiten, um illegale Ein- und Ausreisen sämtlicher Elemente [sic], die mit Menschenschmuggel und -handel in Verbindung stehen, zwischen den Ländern zu verhindern. Daneben gelte es, sichere Schlupfwinkel in den benachbarten Ländern zu unterbinden, Informationen auszutauschen, Schläferzellen [sic] zu enttarnen, bei Ermittlungen zusammenzuarbeiten, sich bei Ausbildungsprogrammen, nationalen Gesetzen sowie bei rechtlichen, qualitativen und medialen Maßnahmen zu koordinieren und frühzeitig zu warnen. Außerdem müsse man eine Informationsplattform einrichten, die allen beteiligten Parteien in der Region zugänglich ist, und gemeinsame Patrouillen mit Nachbarstaaten einrichten. Schließlich sei es notwendig, sich unter Sicherheitsaspekten mit den Flüchtlingslagern zu beschäftigen, sowie Lebensmöglichkeiten zu schaffen.

Wie der Assistent der allgemeinen Verwaltungsstelle für Passangelegenheiten und das Zivilregister, Polizeioffizier Adam Dalil, eingestand, haben die offenen Grenzen des Sudan dazu geführt, dass dieser zu einem Transitraum für den Menschenhandel geworden sei. Letzteren bezeichnete er als Bedrohung für die Sicherheit. Dalil versicherte, sein Ministerium sei bestrebt, die Rechte der Opfer zu wahren. Diese litten unter Menschenrechtsverletzungen, schlechter Behandlung und daran, dass man sie als Kriminelle betrachte. Sie seien zudem tödlichen Gefahren ausgesetzt. Das Ministerium wolle schließlich Patrouillen zur Kontrolle der Grenzen zu Lande und zu Wasser sowie der Transitstellen in das Land einrichten, um den Menschenschmuggel und -handel zu beschränken. Weitere Ziele seien, die Arbeit von Ausländern zu regulieren, die Mittel und die in solchen Verbrechen verwendeten Fahrzeuge zu beschlagnahmen. Insbesondere in den Grenzgebieten mit sich überlagernden Stammesgebieten sollen die Menschen mit Hilfe von NGOs aufgeklärt werden. Schutz für Familien und Kinder soll die Schaffung von Polizeieinheiten bringen. Dalil sagte auch, es sei notwendig, zum Zwecke der Bekämpfung dieses Problems eine Reihe von Gesetzen zu erlassen, und zwar durch das Strafgesetz, das Arbeitsgesetz und das Migrationsrecht.

Dalil meinte, die Ausbreitung des organisierten Verbrechens, Armut, Konflikte und Spannungen in den Nachbarländern sowie der Klimawandel gehörten zu den Hauptfaktoren für die Ausweitung der Problematik. Im Übrigen bestätigte Dalil, dass die Staaten der Umgebung sich in Sicherheitsangelegenheiten miteinander koordinieren, um Aktivitäten von Schleusern zu verhindern.

Der Generalsekretär der Organisation für die Belange im Ausland arbeitender Sudanesen, Dr. Karar Eltohami, forderte, Erhebungen zur Feststellung durchzuführen, wie umfangreich das Problem ist,

und um herauszufinden, welches, vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen und bildungsmäßigen Gegebenheiten und fehlender politischer Stabilität betrachtet, die Mechanismen des Verbrechens sind. Außerdem forderte er, das Augenmerk auf die Entführung von Kindern und ihre Ausnutzung im Zuge des Organhandels zu richten. Eltohami sprach sich dafür aus, Gesetze zur Unterstützung der Opfer von Menschenhandel und zur Abschreckung der Händler zu erlassen. Die Repräsentanten der staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen rief er auf, präventive wie problemlösende Maßnahmen zu ergreifen, damit die illegale Migration gestoppt werde. Sie sollten garantieren, die Rechte der Opfer zu wahren. Gesetze mit abschreckender Wirkung zur Bestrafung der Kriminellen sollten erlassen werden. Es sollten auf die Bekämpfung solcher Verbrechen spezialisierte Polizeidirektionen geschaffen werden. Schließlich forderte Eltohami, die nationalen Anstrengungen, über die Gefahren des Menschenhandels aufzuklären, zu intensivieren.

Professor Hassan Mohammed Saleh, Dekan der Fakultät für Sozialstudien an der Universität Rabat, thematisierte mit seinem Beitrag „Der kulturelle und soziale Kontext des Menschenhandels“ die Bedürfnisse und die Lage von Kindern, die in den Golfstaaten an Kamelrennen teilnehmen. Dabei handele es sich um eine Form des Menschenhandels. 2006 wurde eine Sozialstudie durchgeführt, um die Situation und die Bedürfnisse solcher, aus den Golfstaaten wieder zurückkehrender Kinder zu erfassen und zu analysieren. Diese Erhebung fand unter der Leitung von Professor Saleh und einer Arbeitsgruppe von Forschern statt. Sie stellt eine gemeinsame Anstrengung des Zentrums für Gesellschaftsstudien, von UNICEF und Sudans Nationalem Rat für Kinderfürsorge dar. In dem Papier heißt es, die Kinder für Kamelrennen in Dienst zu nehmen, gefährde diese in sozialer, körperlicher und psychischer Hinsicht. Denn sie seien von ihren Familien und ihrem kulturellen und sozialen Milieu isoliert sowie ihrer natürlichen und sozialen Rechte beraubt. Außerdem übten sie eine Arbeit aus, die in vielerlei Hinsicht körperlich gefährlich sei und psychischen Druck mit sich bringe. Dies passe nicht zu ihrem Alter. Die Gefahren wachsen mit der Entwicklung des Phänomens – angesichts fehlender Gesetze und illegaler Praktiken – von einer inländischen, traditionellen Sache hin zu Handelsorganisationen beziehungsweise spezialisierter Handelsorganisationen.

Obwohl es keine genauen Statistiken zu den Kamelkindern gibt, gibt es doch von vielen Seiten Hinweise, dass in den Golfstaaten Tausende von Kindern bei Kamelrennen eingesetzt werden. 2004 meldete die Zeitung „Amba' Al-Khaleej“ [„Golf-Nachrichten“, Anm. d. Übers.], dass laut Quellen aus dem Innenministerium in den Vereinigten Arabischen Emiraten etwa 2700 Kinder bei Kamelrennen arbeiteten, davon 500 als „Jockeys“. Die Abteilung für Kinderschutz des Rates für Kindesangelegenheiten aber berichtete, dass es sich allein bei denjenigen, die aus Qatar wieder zurückgebracht worden waren, um 212 Kinder handele. Gemäß wieder anderer Quellen liegt die Zahl dieser Kinder in den Emiraten bei 318. Doch die Zahlen sind unpräzise, was durch die Erhebung im Rahmen der genannten Studie bestätigt wurde.

In seinem Vortrag meinte Professor Saleh sogar, die Kinder würden mittels Täuschung, Schleuserei und die Fälschung von offiziellen Papieren, wie Geburtsurkunden und Pässen, aus dem Sudan gebracht. Einige Familien würden von Banden betrogen, die sich auf das Herausbringen von Kindern spezialisiert haben. Die Studie kam zu dem Ergebnis, dass Faktoren wie Armut, fehlende Bildung, fehlendes Bewusstsein und die Kultur einiger Stämme, die die Kinder weggeben, alle zusammen dazu beitragen, dass sich die Problematik der Kamelrennenkinder ausbreitet.

Professor Saleh warnte in seinem Beitrag vor einem fortwährenden Anwachsen des Problems. Laut einigen Statistiken nahmen im Jahre 2003 3.000 Kinder an solchen Rennen teil. Zwar hätten die Golfstaaten einige Regelungen zum Schutz der „Jockey“-Kinder erlassen, doch seien diese nicht wirksam umgesetzt worden, und so setzte sich die Beteiligung der Kinder bis 2005 fort. Einigen Berichten zufolge sind die Minderjährigen dabei zahlreichen Gefahren und Rechtsverletzungen ausgesetzt. Viele der kindlichen Kamelreiter in den Golfstaaten erlitten schwere Verletzungen, Behinderungen beziehungsweise den Tod. Forscher in Qatar hätten die Fälle von 275 Kindern untersucht. Der Großteil sei jünger als neun Jahre, einige sogar nur fünf. Sie seien wegen schwerer Verletzungen behandelt worden, die sie sich bei Kamelrennen zugezogen hätten. Bei 17 der Kinder, die zwi-

schen 1992 und 2003 behandelt worden seien, hätten die Verletzungen bleibende Schäden verursacht. Laut Professor Saleh haben viele Staaten, darunter Qatar im Jahre 2005, die Indienstnahme von Kindern bei diesem Sport zwar verboten, doch Experten befürchten, dass noch immer zahlreiche Kinder dieser Gefahr ausgesetzt sind. Von Forscherseite heißt es, die Zahl der Todesfälle sei wahrscheinlich höher als berichtet. Schließlich erreichten Kamele Schulterhöhen von bis zu zwei Metern, wögen mehr als 680 Kilogramm und seien bei Rennen zwischen 35 und 40 Stundenkilometer schnell. Fachleute meinen, dies erkläre in gewissem Maße, warum die Kamelkinderjockeys sich solche schweren Verletzungen zuzögen.

Forscher von der Universität Qatar meinten, 40 % der von ihnen erfassten Verletzungen seien erheblich gewesen und hätten eine Behandlung im Krankenhaus von durchschnittlich sechs Tagen erforderlich gemacht. Meistens habe es sich, durch das Herunterfallen vom Rücken des Kamels, um Arm-, Bein- und Kopfverletzungen gehandelt. Die schwersten Verletzungen aber ereignen sich, wenn das Kamel auf den abgeworfenen „Jockey“ fällt. Die meisten der verletzten, zuvor geschleusten Kinder kamen aus armen Ländern, um bei Kamelrennen zu arbeiten und trainiert und betreut zu werden. Bei 91 % der von der Studie erfassten Fälle handelte es sich um Kinder aus dem Sudan.

Übersetzung aus dem Arabischen.

Dieses Übersetzungsprojekt wird unterstützt vom AStA der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg